

# „So weit die Armeen kommen...“

Wie Osteuropa nach Jalta kommunistisch wurde (V) / Von SPIEGEL-Redakteur Siegfried Kogelfranz

Am 31. März 1945 stieg auf dem Kiwer Bahnhof in Moskau eine ungewöhnliche Gruppe von Passagieren in den Salonwagen eines Zuges, der sie dann in drei Tagen über Kiew und Lemberg nach Košice in der Slowakei brachte.

Die Reisenden bildeten mit Sicherheit die einzige demokratische Regierung, die je von der sowjetischen Hauptstadt aus zur Übernahme der Macht in ein Nachbarland aufbrach.

Nur: So demokratisch, wie sie anfangs wirkte, war sie dann wohl auch wieder nicht, zumindest nicht, was die weitreichenden Pläne und den absoluten Machtwillen ihrer wichtigsten Mitglieder betraf.

Eduard Benesch, weltweit anerkannter Präsident der tschechoslowakischen Regierung im Londoner Exil, kehrte damals über Moskau in den bereits von der Roten Armee befreiten Teil seines Landes zurück. Denn in Moskau warteten die Führer der Kommunistischen Partei, denen Benesch eine angemessene Beteiligung an der Regierung zugesagt hatte, die aber keinesfalls zu ihm nach London hatten kommen wollen.

Und mit der sowjetischen Regierung, der die Tschechoslowakei schon seit 1943 durch einen Freundschaftsvertrag verbunden war, galt es noch wichtige politische Fragen zu besprechen, etwa die der künftigen Grenzen des Landes oder die beabsichtigte Vertreibung der Sudetendeutschen aus der CSR.

Benesch kam Mitte März allerdings mit gemischten Gefühlen nach Moskau. Als er zuletzt dort hingefahren war, 1943, um den Freundschaftsvertrag mit Stalin abzuschließen, war er trotz der Warnungen vor allem der Briten, sich nicht einseitig an Stalin zu binden, voller Zuversicht gewesen, in der Sowjet-Union einen starken und zuverlässigen Verbündeten zu gewinnen.

Franzosen und Briten hatten Benesch 1938 in München schmachvoll an Hitler verraten. Er sah die Zukunft der Tschechoslowakei unter sowjetischem Schutz vor dem ewig bedrohlichen Deutschland, das sein Trauma war. Die Russen würden ihm auch helfen, die Sudetendeutschen loszuwerden. Die so befreite CSR sollte eine „Brücke zwischen Sozialismus und Kapitalismus“ – an deren letzliches Zusammenwachsen Benesch glaubte – und ein „Bollwerk der Demokratie in Europa“ bilden. Benesch hegte die Illusion, gerade durch seine frühzeitige und



Unterzeichnung des sowjetisch-tschechoslowakischen Paktes\*: Slawische Brüder

freiwillige Verständigung mit Moskau sein Land vor sowjetischer Hegemonie zu bewahren.

Stalin hatte den bürgerlichen Politiker, der von selbst ankam, um sich ihm als Partner anzubieten und damit das westliche Vorfeld der Sowjet-Union bis weit nach Mitteleuropa hinein als sowjetische Einflußzone anzuerkennen, lange bevor die Rote Armee dort ihren Fuß hinsetzte, gebührend hofiert. Er schloß ihn als „slawischen Bruder“ in die Arme, bevor er noch den im Moskauer Exil lebenden KPČ-Führer Klement Gottwald empfangen hatte.

Benesch kam dafür mit dem schönen Bild einer „neuen Sowjet-Union“ zurück nach London und belehrte skeptische Freunde: „Alle angeblichen Drohungen eines expansiven Bolschewismus sind lächerliche Gerüchte.“

„Kein zeitgenössischer Staatsmann“, so der in Prag geborene Historiker Vojtech Mastný, „sprach mit den Russen in der gleichen Mischung von Nachlässigkeit und Unterwürfigkeit – und keinen behandelten die sowjetischen Führer mit dem gleichen herablassenden Wohlwollen.“

Doch noch vor Kriegsende verdüsterte sich Benesch Idealbild von Stalin. Der sowjetische Diktator hatte ihm 1943 versprochen, die CSR werde die Karpato-Ukraine, die 1918 den Tschechoslowaken aus der Erbmasse der Habsburger Monarchie zugefallen war, die aber 1939 von Ungarn annektiert wurde, zurück erhalten. Stalin: „Wir haben die Vor-München-Grenzen der Tschechoslowakei anerkannt, und das regelt die Frage ein für allemal!“

Doch am 7. November 1944 sprach die Radiostation der von der Roten Armee besetzten karpato-ukrainischen Hauptstadt Uschgorod vom „ewigen Traum der transkarpatischen Ukrainer, zusammen mit allen Ukrainern in einer Familie zu leben“. Gleichzeitig erfuhr die tschechoslowakische Exilregierung in London, daß die Russen begonnen hatten, junge Karpato-Ukrainer in die Rote Armee einzuziehen.

Benesch protestierte beim sowjetischen Botschafter Lebedew, der bei der Exilregierung der Tschechoslowaken in

\* Am 12. Dezember 1943 in Moskau. Vorn: Staatspräsident Kalinin und CSR-Präsident Benesch; hinten: Marschall Woroschilow und Stalin.

London akkreditiert war. Der wußte von nichts, versprach aber, in Moskau nachzufragen. Schon einen Tag später kam eine barsche Antwort von Außenminister Molotow: „Der Minister fordert Sie auf, Ihren Widerstand gegen die Aufnahme karpato-ukrainischer Freiwilliger in die Rote Armee aufzugeben.“

Benesch war empört. Als tschechoslowakische Bürger gehörten die Karpato-Ukrainer in eine tschechoslowakische Armee, ihr Eintritt in eine fremde Streitmacht sei als Desertion zu betrachten. Lebedew flog nach Moskau, um, wie er versprach, die Sache dort zu regeln. Aber er kehrte nicht wieder auf seinen Posten zurück, sondern ging als Botschafter nach Warschau.

Unterdessen verlangte ein unter Schirmherrschaft der Roten Armee stehender „Nationalrat der transkarpatischen Ukraine“ den Anschluß der Provinz an die Sowjet-Ukraine. Er forderte den Abgesandten der Benesch-Regierung, František Némec, ultimativ auf, das Gebiet sofort zu verlassen. Bewaffnete Angehörige der Organisation stürmten sogar sein Büro und beschlagnahmten alles Geld, das der Delegierte für die tschechoslowakische Verwaltung der Provinz mitgebracht hatte.

Darauf gab Präsident Benesch dem CSR-Botschafter in Moskau, Zdeněk Fierlinger, Order, den Sowjets mitzuteilen, daß die CSR auf Erfüllung der Bestimmungen des Freundschaftsvertrages bestehe – und der garantiere der CSR die Grenzen von vor 1938.

„Warum tun die das bloß?“ fragte er ratlos seinen persönlichen Sekretär Táborský, wie der in seiner Benesch-Biographie mitteilt. „Wenn sie die Karpato-Ukraine haben wollten, hätten sie mir das sagen sollen. Ich hätte niemals darauf bestanden, sie zu behalten, wenn ich damit rechnen mußte, mir dafür die Feindschaft der Russen einzuhandeln. Warum graben sie das Land auf diese Weise, wenn sie es durch vernünftige Verhandlungen hätten haben können?“

Seine einzige Erklärung: Ukrainische Nationalisten handelten da wohl aus eigenem Antrieb ohne Moskaus Order, sozusagen über den Kopf Stalins hinweg – wohl eine der seltsamsten je erfunde-



Deutscher Rückzug in der Slowakei (Februar 1945): „Plötzlich einsetzende Regenfälle“

nen „Der-Führer-weiß-von-nichts“-Variationen.

Die originellste Version von den Geschehnissen in der Karpato-Ukraine aber lieferte der Leiter der Vierten Europa-Abteilung des Außenministeriums, Walerian Sorin, später Botschafter in Prag und Bonn, Drahtzieher des KP-Putsches in der CSR vom Februar 1948:

„Wie wir versprochen haben und wie es auch im sowjetisch-tschechoslowakischen Vertrag festgehalten ist, sind wir nicht ermächtigt, uns in Ihre inneren Angelegenheiten einzumischen.“

Daher ist es sehr schwierig für uns, Ihnen bei der Lösung der Probleme zu helfen, die Sie in der Karpato-Ukraine haben.“

Minister Molotow erklärte es „zur Pflicht“ der Sowjet-Union, den Wünschen des karpato-ukrainischen Volkes zu entsprechen. Stalin selbst setzte noch einen drauf. Er beteuerte in einem Brief an Benesch vom 23. Januar 1945, die Sowjetregierung habe keinerlei Absicht, den Interessen der CSR zu schaden, aber sie könne der karpato-ukrainischen Bevölkerung nicht verbieten, ihrem nationalen Willen Ausdruck zu geben. Den Willen gab es nicht – die Region hatte von jeher zu Ungarn gehört.

Als Beweis für seine lauterer Absichten behauptete Stalin dann, 1943 habe Benesch ihm doch die Provinz selbst angeboten – „und wie Sie sich sicher erinnern, habe ich damals nicht meine Zustimmung gegeben“.

Benesch konnte sich zwar nicht erinnern, da er Stalin die Karpato-Ukraine niemals angeboten hatte, aber er wagte es nicht, den damals wohl mächtigsten Mann der Welt einen Lügner zu nennen. So schrieb er dem Marschall einen unterwürfigen Brief, in dem er seine Ostprovinz preisgab, die für die UdSSR strategisch wichtig war, da sie dadurch eine gemeinsame Grenze mit Ungarn gewann. Er bat Stalin noch, ihm doch zu glauben, daß er der UdSSR keine feindseligen Absichten unterstelle, sondern daß dies alles ein Mißverständnis sei, entstanden aus „rein lokalen Ereignissen“.

Denn da stand schon mehr auf dem Spiel: Die Rote Armee hatte unterdessen die Slowakei erreicht. Slowakische Kommunisten unter Führung des heutigen KP-Chefs in Prag, Gustáv Husák, ersuchten Moskau um Aufnahme der



Sowjets an der CSR-Grenze (1944) „Warum tun die das bloß?“

\* Die Rotarmisten stellen einen Grenzpfahl „СССР“ (Sowjet-Union) auf.

Slowakei als eine Sowjetrepublik in die UdSSR.

Die Slowakei war nach der Auflösung des tschechoslowakischen Staates durch Hitler eine eigenständige Republik von Deutschlands Gnaden geworden. Slowakische Truppen waren mit der Wehrmacht nach Polen und Rußland marschiert. Als sich aber die Niederlage des Deutschen Reiches abzeichnete, organisierte eine Widerstandsbewegung, der auch einige Mitglieder der faschistischen Preßburger Regierung des Monsignore Tiso sowie linke Partisanen angehörten, einen Aufstand, an dem auch Teile der slowakischen 100 000-Mann-Armee teilnahmen. Ihr Ziel: die Slowakei als eigenständigen Staat ohne Bevormundung durch die Tschechen zu erhalten.

Ende August 1944 brachten die Rebellen über die Hälfte des Staatsgebietes in ihre Gewalt, gründeten einen „Slowakischen Nationalrat“ und sandten eine Militärbefehlshaber der heranstürmenden Roten Armee entgegen.

Die blieb jedoch – wie fast zur gleichen Zeit während des Warschauer Aufstandes an der Weichsel – auch vor den Karpaten stehen – „wegen plötzlich einsetzender Regenfälle“, so die spätere sowjetische Geschichtsschreibung.

Das ermöglichte es einem bunt zusammengewürfelten deutschen Haufen von 30 000 Mann – SS, Wehrmacht, Polizei, ein Strafbataillon und Russen der abtrünnigen Wlassow-Armee –, den Aufstand der slowakischen Nationalisten Ende Oktober niederzuschlagen. 25 000 Slowaken fanden den Tod, fast 20 000 wurden verschleppt, die Anführer hingerichtet. Intakt blieb die Organisation der Untergrund-KP – die nun eine Bindung



**Slowakische Aufständische (1944)**  
25 000 Gefallene

an die Sowjet-Union betrieb: Husák im Namen des illegalen ZK der slowakischen KP: „Warum sollen wir bei Benesch Erlösung suchen, wenn doch Stalin das bewährte Rezept hat?“

Doch diesmal zierte sich Moskau. Offenbar scheute Stalin davor zurück, die CSR so zu zerstückeln, wie Hitler das sechs Jahre zuvor getan hatte. Noch war der Krieg nicht zu Ende, und Benesch war auch in London und Washington wohlgekommen. Mit einem schnellen Zugriff auf die Slowakei hätte Stalin sich die

bislang so kooperativen Tschechen zum Feind gemacht, die Westalliierten verprellt und damit seine weitreichenden Pläne für ganz Osteuropa gefährdet.

Stalin behandelte Eduard Benesch im März 1945 zwar nicht mehr so herzlich wie 1943, als er von ihm noch die Unterschrift für den Freundschaftsvertrag brauchte, der die Tschechoslowakei für die nächsten 20 Jahre an die Sowjet-Union band. Aber Stalin verstand es, in Benesch den Eindruck zu erhalten, daß er noch immer zu den Vertrauten des Diktators zähle.

Der oberste Kriegsherr der Sowjet-Union versprach bei der ersten Zusammenkunft Waffen und Ausrüstung für zehn Divisionen der neu aufzustellenden tschechoslowakischen Armee – und er hielt diese Zusage auch. Denn eine Kerneinheit der künftigen Militärmacht der CSR gab es bereits in der Sowjet-Union selbst: 1942 war in der Ural-Stadt Busuluk ein „Erstes gesondertes tschechoslowakisches Feldbataillon“ aus Emigranten aufgestellt worden. Es entstand formell der Londoner Exilregierung, die eine Militärmission unter Leitung des Obersten Heliodor Pika nach Moskau delegiert hatte.

Kommandeur aber wurde ein Offizier mit bewegter Vergangenheit – und ebensolcher Zukunft: Oberstleutnant Ludvík Svoboda. Er hatte seine Militärkarriere im Ersten Weltkrieg als Fähnrich im k.u.k. Infanterie-Regiment 71 an der Front in Galizien begonnen.

Schon 1915 war er in russische Gefangenschaft geraten, wo er dann als Mitglied jener Tschechoslowakischen Legion im russischen Bürgerkrieg gegen die Rotarmisten Lenins kämpfte, die den jungen Sowjetstaat beinahe zum Zusammenbruch brachte.

Wieder in der Tschechoslowakei, diente er als Berufsoffizier mit sozialdemokratischen Neigungen. Nach dem Einmarsch der Deutschen floh er nach Polen und von dort in die Sowjet-Union.

Als KP-Chef Gottwald ihn 1945 als Verteidigungsminister auf die Kabinettsliste der künftigen CSR-Regierung setzte, wollte Svoboda der Partei beitreten. Doch Gottwald sagte: „Ludvík, das darfst du nicht wegen der Parität.“

So wurde er erst nach dem Prager KP-Putsch von 1948 offiziell Kommunist. Dabei hatte er als Verteidigungsminister im Rang eines Armeegenerals eine entscheidende Rolle gespielt, weil er im Kampf um die Macht im Staate die Streitkräfte kaltstellte. Die Partei dankte es ihm schlecht – 1950 wurde er auf Stalins Befehl („Svoboda ist nicht vertrauenswürdig“) abgesetzt, für einige Wochen sogar inhaftiert. Dann arbeitete



**Slowakei-Präsident Tiso (l., 1944)\*: Bunter Haufen**

\* Nach der Niederschlagung des Aufstandes mit slowakischen und deutschen Truppen.

er als Lohnbuchhalter auf einer Landwirtschaftlichen Genossenschaft, bis er 1954 rehabilitiert und zum Leiter der Prager Militärakademie befördert, von Moskau 1965 sogar zum „Helden der Sowjet-Union“ ernannt wurde.

Zu Beginn des Prager Frühlings 1968 wählten ihn die Reformkommunisten zum Staatspräsidenten. Als solcher rettete er einige bei den Sowjets besonders verhaßte Genossen, als die nach der Niederwalzung des Prager Experiments durch die Panzer der Warschauer-Pakt-Staaten in Moskau festgehalten werden sollten.

Svoboda drohte angeblich, sich im Kreml zu erschießen, falls nicht alle Mitglieder der Prager Abordnung wieder heimkehren dürften. Sie durften – und der Präsident diente unter der neuen Parteiführung, die alle Reformen abwürgte, weiter, als sei nichts gewesen.

Während des Krieges hatte sich Svoboda bei den Sowjets beliebt gemacht. Ohne der Exilregierung in London oder seiner Militärmission in Moskau Bescheid zu geben, bat er 1942 in einem Brief an Stalin um sofortige Entsendung seines Bataillons an die Front.

Die Rote Armee befand sich zu dieser Zeit noch im Abwehrkampf gegen die Deutschen. An der Woronesch-Front wollte der sowjetische Generaloberst Golikow, der von der Kampfkraft des Emigranten-Bataillons wohl nicht sehr viel hielt, die Tschechoslowaken gegen einen von Ungarn bemannten Frontabschnitt einsetzen.

Svoboda bestand auf Kampf gegen „unsere Hauptfeinde, die Hitlerfaschisten“. Am 8. März 1943 warf das tschechoslowakische Bataillon in „heldenhaftem Einsatz“ – so die sowjetische Nachrichtenagentur Tass – einen deutschen Angriff zurück. Ein Viertel des Bataillons fiel, 300 Soldaten wurden verwundet. Svoboda erhielt die Obristen-Sterne, den Lenin- und Suworow-Orden.

Gegen den Willen des Verteidigungsministers der Londoner Exilregierung setzte die KP-Emigrantengruppe in Moskau unter Gottwald durch, daß Svoboda auch Kommandeur der zur 1. gesonderten Brigade verstärkten Exil-Truppe wurde, die 1945 Seite an Seite mit der Roten Armee in die CSR einmarschierte. So war de facto schon ein unter KP-Kontrolle befindlicher Voraustrupp auf Heimatboden, bevor die Regierung dort eintraf. Exil-Verteidigungsminister General Ingr mußte nicht zuletzt wegen seines Widerstandes gegen Svoboda gehen.

Aber auch die Regierung war anders ausgefallen, als es sich Benesch und die Demokraten im Londoner Exil vorgestellt hatten. Als die Londoner Exil-Mannschaft im März 1945 nach Moskau kam, legte ihr die dortige KP-Fraktion bereits eine fertige Ministerliste sowie ein 32seitiges Regierungsprogramm vor, obgleich damals noch der Monsignore Šrámek offiziell Exil-Premier war.

Die Kommunisten erklärten nun, sie seien zweifellos die stärkste Partei unter den im Exil neuorganisierten – neben den Sozialdemokraten, den Nationalen Sozialisten und der Volkspartei sowie der Demokratischen und der Kommunistischen Partei der Slowakei.

der künftigen Prager Regierung genehmigt hatte, rügte Benesch unter vier Augen, daß er zu viele Kabinettsposten an die Kommunisten vergeben habe.

Sie, die Russen, müßten das nun wieder bei ihren westlichen Alliierten ausbitten, die dahinter die Hand Moskaus vermuten würden. (Tatsächlich kritisierte ein US-Geheimbericht das „Übergewicht“ der Kommunisten, die in der Regierung „jeden Posten bekamen, den sie wollten.“) Die meisten der tschechischen KP-Funktionäre, die den Krieg in Moskau verbracht hatten, seien, so Stalin, „ungebildete Leute“. Fierlinger sei auch nicht erste Wahl, „vielleicht hätten Sie einfach Šrámek als Premier behalten sollen“.



Aufständische in Prag (Mai 1945): Hilfe von unerwarteten Verbündeten

Also stehe ihnen der Posten des Regierungschefs zu. Aber sie wollten den gar nicht unbedingt haben. Das sollte der Sozialdemokrat Fierlinger werden, der als Botschafter in Moskau freilich längst völlig unter dem Einfluß der Sowjets stand und Stalins Vertrauen besaß. Als die Londoner Exilregierung Fierlinger einmal von seinem Posten als Botschafter entbinden wollte, hatte der auf Moskauer Geheiß nicht reagiert.

Dafür beanspruchten die Kommunisten Ressorts, die damals fast überall in Osteuropa im von Moskau diktierten Gleichschritt an die KP fielen: Innen-, Informations-, Erziehung sowie Landwirtschaft. Sie erhielten alles – nur das Justizministerium trotzten ihnen die Nationalen Sozialisten ab.

Bei dieser Gelegenheit glänzte Stalin wieder einmal als Zyniker. Er, der persönlich jeden einzelnen KP-Kandidaten

Dann freilich verwirrte er Benesch vollends – er schien das Katz-und-Maus-Spiel mit dem Kapitalisten voll auskosten zu wollen: „Glauben Sie niemandem, auch nicht mir selbst... unsere Leute haben soviel über die Bolschewisierung Europas gepredigt, daß Sie einfach mißtrauisch sein müssen.“

Seine Erfahrungen hatten Benesch nun in der Tat gelehrt, Stalins Worten zu mißtrauen. Dennoch war er, wie er seinen Mitarbeitern auch nach dieser Unterhaltung wieder erzählte, stolz darauf, daß Stalin ihm „im Vertrauen“ solche Dinge sagte. Er führte diese „überraschende Freundlichkeit“ darauf zurück, daß die Tschechoslowakei „als erstes Land seinen Präsidenten und seine ganze Regierung nach Moskau gebracht hat“.

Ernüchternd hätte auf ihn wirken müssen, daß sich die KP-Fraktion trotz heftigen Widerspruchs seitens der anderen



**KP-Chef Gottwald, Fierlinger (1945)**  
„Ungebildete Leute“

Parteien von dem allein durch KP-Ideologen verfaßten Regierungsprogramm nur einige unbedeutende Änderungen abtrotzen ließ.

Es wurde nach der ersten Sitzung der „Regierung der Nationalen Front der Tschechen und Slowaken“ auf Heimatboden in Košice als „Kaschauer Programm“ veröffentlicht – und zeigte damals bereits jedem Denkenden, wo es in der Nachkriegs-Tschechoslowakei langgehen sollte.

#### Auszüge:

Nach mehr als sechs Jahren Fremdherrschaft ist die Zeit gekommen, in der über unserem schwer geprüften Vaterland die Sonne der Freiheit wieder aufgeht.

Auf ihrem glorreichen Siegeszug gegen Westen hat die Rote Armee die ersten Teile der Tschechoslowakischen Republik befreit. Auf diese Weise war es dank unserem großen Verbündeten, der Sowjet-Union, möglich, daß der Präsident der Republik in das befreite Gebiet zurückkehren, und daß hier, wieder auf heimatlichem Gebiet, die neue tschechoslowakische Regierung gebildet werden konnte.

In Würdigung des außerordentlichen Verdienstes der Roten Armee ... der beispiellosen Selbstaufopferung und dem grenzenlosen Heldentum ihrer Angehörigen zu huldigen, hat die Regierung den Wunsch, die kriegsrische Zusammenarbeit der tschechoslowakischen Armee mit der Roten Armee noch weiter zu festigen und erblickt in ihr ein Vorbild für den Aufbau einer demokratischen, antifaschistischen tschechoslowakischen Armee.

Bei der endgültigen Zermalmung Hitler-Deutschlands, bei der Vollstreckung der Strafe an Deutschland ... wird die Regierung so eng wie möglich an der Seite der Sowjet-Union und im Verein mit den übrigen slawischen und demokratischen Staaten stehen.

Vollkommen neu aufgebaut wird auch in kultureller Hinsicht unser Verhältnis zu unserem größten Verbündeten – der

UdSSR ... es wird alles aus unseren Lehrbüchern entfernt, was dort an antisowjetischem Inhalt enthalten war, die Jugend wird in gebührender Weise über die UdSSR unterrichtet werden. Die russische Sprache wird deshalb im neuen Lehrplan die erste Stelle unter den Fremdsprachen einnehmen.

Das Volk lernte die Rote Armee freilich von einer anderen Seite kennen. Die von jahrelangen Kriegsgreueln abgestumpften Sowjet-Soldaten machten bei ihrem Vormarsch nach Westen wenig Unterschied, ob sie zu einem besiegten Feind oder neuen Verbündeten kamen. Plünderung, Vergewaltigung, Mord und Entführung begleiteten auch in der seit 1943 alliierten Tschechoslowakei ihre Siege. Überall nutzte auch die KP die Möglichkeiten, die ihr die Rote Armee bot: Sie besetzte die sogenannten „Nationalräte“ in den befreiten Gebieten sofort mit ihren Leuten.

„Gott sei Dank, Gott sei Dank“, jubelte denn auch Benesch, als er am 17. April in Košice erfuhr, daß die Amerikaner von Bayern kommend im Westen der Tschechoslowakei eingerückt seien. Er schickte dem US-General Patton eine Glückwunschbotschaft.

Das war's dann aber auch. Briten-Premier Churchill und sein Feldmarschall Montgomery hatten vergebens bei Präsident Truman interveniert, Patton solle auch Prag besetzen: „Dies könnte die Nachkriegssituation der CSR und der anliegenden Länder entscheidend beeinflussen.“ Auch der General selbst hielt dies für wünschenswert, wollte aber nicht auf eigene Verantwortung handeln. Daher blieb das US-Korps bei Pilsen stehen – aus drei Gründen:

- ▷ Es gab eine vage Absprache der Alliierten, die auch die Tschechoslowakei als sowjetisches Operationsgebiet definierte, „denn die Amerikaner wollten vor allem den Krieg gewinnen, die Sowjets aber dachten bereits an einen siegreichen Frieden“, so der amerikanische Historiker Walter Ullmann.
- ▷ Der US-Oberbefehlshaber Eisenhower war bei seiner Operationsplanung auf die – nicht existierende – Alpenfestung fixiert und wollte wegen der Tschechen auch nicht bei den sowjetischen Verbündeten anecken, mit deren Generalstab er vereinbart hatte, US- und Sowjet-Truppen sollten sich „westlich von Prag“ treffen.
- ▷ Der Prager „Nationalrat“ ließ Pattons Angebot, bis zur Hauptstadt vorzustoßen, unbeantwortet. KP-Funktionär Smrkovský: „Wir waren uns der politischen Brisanz dieser Offerte bewußt – die Amerikaner hätten sich als Befreier Prags aufspielen können“ – es war derselbe Smrkovský, der als Parlamentspräsident 1968 gegen die zweite Sowjetinvasion protestierte und als Verfemter starb.

Prag befreite sich in der Tat selbst – mit Hilfe unerwarteter Verbündeter. Zu-

Form, Farbe und Licht in faszinierendem Zusammenspiel: Kette und Armband „Tenochtitlan“, Armband „Faro“, Ring „Prisma“. Material: Gelbgold 750/-, zum Teil mit Citrin.

Design: Björn Weckström.  
Schliff: Bernd Munsteiner.

Schmuckstücke aus der Lapponia-Collection beeindrucken durch ihr außergewöhnliches Design und die warmen Naturfarbtöne. Namhafte skandinavische Designer haben diesen exklusiven Goldschmuck geschaffen. Und jedem Einzelstück seinen eigenen Namen verliehen. Schmuckstücke aus der Lapponia-Collection sind exklusive Kunstwerke mit Unikat-Charakter für den anspruchsvollen Geschmack.

Original Lapponia-Schmuck erkennen Sie an unseren Firmensignets – der Punzierung 



**LAPPONIA JEWELRY**

Helsinki

#### Coupon

Bitte schicken Sie mir kostenlos

- die Broschüre Lapponia-Collection.
- das Anzeigenmotiv „Gold...zum Verliehen“ als Poster (68 x 48 cm)
- den Namen des Juweliers in meiner Nähe, der die Lapponia-Collection führt.

Bitte emsenden an

Lapponia Jewelry · Stephanstraße 3  
6000 Frankfurt 1.

Name

Straße

PL Z. Ort

# „Beide Flaggen sehr viel rot“

Die Zusammenarbeit von Gestapo und NKWD im besetzten Polen / Von Simon Wiesenthal

Wiesenthal, Leiter des Jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, schickte zum Polen-Teil der SPIEGEL-Serie ergänzende Anmerkungen und Dokumente.

Als Hitler am 1. September 1939 in Polen einfiel und Stalin zwei Wochen später Ostpolen besetzte, wußte die Welt zwar, daß es den Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 gab. Unbekannt waren die geheimen Zusatzabkommen und niemand, vor allem nicht die betroffenen Polen, wußte, wie weit die Zusammenarbeit zwischen Nazis und Sowjets damals ging.

Nach der Besetzung und Teilung Polens unterzeichneten die Außenminister Ribbentrop und Molotow am 28. September 1939 in Moskau ein

Niederhaltung der Polen aufs engste zusammen.

Generalgouverneur Hans Frank schildert in seinen Tagebüchern den Besuch des NKWD-Offiziers Nabraschnikoff.

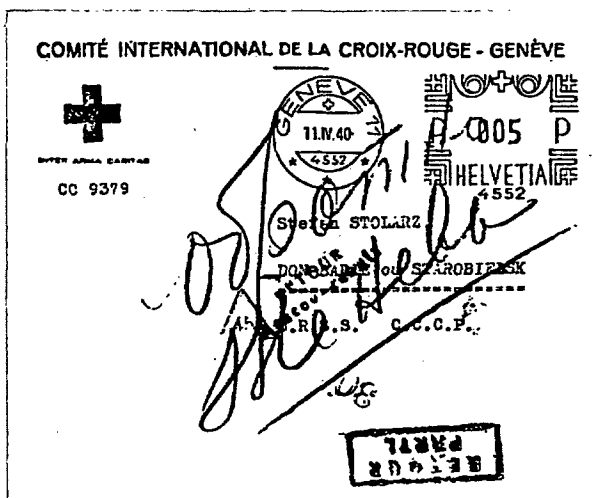
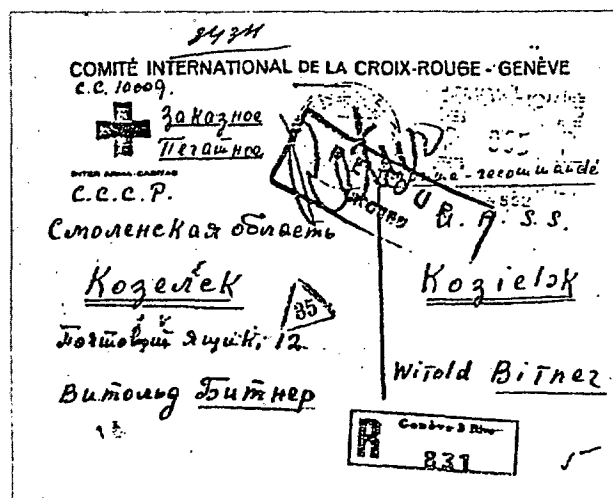
„Wir haben sehr viel mit den Russen zu tun, sie sind doch unsere Nachbarn, unsere Stammgäste. Man denke einmal darüber nach: beide Flaggen nebeneinander; General Nabraschnikoff . . . schlug sich brüllend auf die Schenkel und sagte: ‚Aber, oh, die Flaggen sehr gut, beide sehr viel rot . . .‘“

Die NKWD-Begleitoffiziere des Generals fuhren damals zu Gesprächen in ein Erholungsheim der Gesta-

die Sowjets nach der Entdeckung der Massengräber in Katyn erklärt, die polnischen Offiziere der Lager Kozielsk und Starobielsk seien bis zum Juli 1941 dort bei Straßenbauarbeiten eingesetzt gewesen und dann von den Deutschen ermordet worden.

Ich war beim Nürnberger Prozeß, als der Anklagepunkt Katyn gegen die Deutschen fallengelassen wurde. Damals hörte ich auch, daß ein mit Katyn befaßter sowjetischer Staatsanwalt Selbstmord begangen hätte. Die Russen erklärten, es sei ein Unfall beim Reinigen seiner Pistole gewesen.

Dann stieß ich in einem ganz anderen Zusammenhang wieder auf Ka-



Retournerie Rot-Kreuz-Briefe an polnische Offiziere in Sowjetlagern: „Adressat nicht da“

geheimes Zusatzprotokoll. Es wurde mit anderen Dokumenten kurz vor Kriegsende in Berlin verbrannt, eine Mikrofilm-Kopie aber befindet sich im Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn (Nummer ADAP VIII F 2/0329). Der Inhalt ist kurz:

„Die unterzeichneten Bevollmächtigten haben bei Abschluß des deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrages ihr Einverständnis über folgendes festgestellt:

Beide Teile werden auf ihren Gebieten keine polnische Agitation dulden, die auf die Gebiete des anderen Teiles hinüberwirkt. Sie werden alle Ansätze zu einer solchen Agitation auf ihren Gebieten unterbinden und sich gegenseitig über die hierfür zweckmäßigen Maßnahmen unterrichten.“

Beide Partner hielten die Verträge peinlichst ein und arbeiteten bei der

po nach Zakopane. Ein Offizier des NKWD blieb bis zum Überfall Hitlers auf die Sowjet-Union im Juni 1941 beim Generalgouverneur Frank in Krakau. Die Gestapo besuchte im Mai 1940 ihre NKWD-Kollegen in Lemberg und Kiew.

Ob die Nazis und die Sowjets ihre Aktionen gegen die polnische Führungsschicht aufeinander abstimmten oder nicht – Tatsache ist, daß sie zur gleichen Zeit handelten:

Im Frühjahr 1940 führte SS-Gruppenführer Bruno Streckenbach die sogenannte AB- („Außerordentliche Befriedungs-“) Aktion im deutsch besetzten Teil durch: die Erschießung von 5000 polnischen Akademikern, die, wie sie meinten, zum Kern einer Widerstandsbewegung werden könnten.

Und im Frühjahr 1940 erschoss das NKWD die polnischen Offiziere im Wald von Katyn. Wie bekannt, haben

tyn. In einer Sammlung von Rot-Kreuz-Briefen fand ich zwei Briefumschläge:

Das Internationale Rote Kreuz in Genf schrieb am 14. 11. 1940 einen Brief an den polnischen Offizier Witold Bitner im Lager Kozielsk. Die Russen schickten den Brief am 20. 11. 1940 mit dem Vermerk „Retour, unbekannt“ nach Genf zurück.

Am 11. 4. 1940 schickte die Genfer Rot-Kreuz-Zentrale einen Brief an den polnischen Oberstleutnant Stefan Stolarz ins Lager Starobielsk. Er kam mit den russischen Vermerk „Adressat nicht da“ und „zurück nach Genf“ vom 30. 4. 1940 wieder an den Absender.

Unter den Leichen im Massengrab von Katyn wurde Leutnant Witold Bitner unter Position 3367 gefunden. Oberstleutnant Stefan Stolarz lag unter Position 469.



Einmarsch der Roten Armee in Prag am 9. Mai 1945: „Schwerer historischer Fehler“

nächst war es am 5. Mai 1945 eine spontane Erhebung. Die Bevölkerung riß die Hakenkreuzflaggen herunter und hißte die tschechoslowakischen Fahnen. Dann besetzten Aufständische den Rundfunk und riefen zur „Volkserhebung“ auf. Da schloß sich auch der Tschechische Nationalrat an. Doch die Widerständler hatten zu wenig Waffen.

So fiel es deutschen Einheiten leicht, große Teile der Hauptstadt wieder zu besetzen. Da rief der Nationalrat in seiner Verzweiflung Einheiten der Wlassow-Armee zur Hilfe – jener antikommunistischen Russen, die auf Seiten Hitlers gegen die Sowjet-Union kämpften.

20 000 Mann dieser Truppe unter dem General Bunjatschenko kampferten gerade auf der Flucht vor der Roten Armee 30 Kilometer südwestlich von Prag. Die Wlassow-Russen schlossen sich den Aufständischen an und befreiten sie am 7. Mai aus deutscher Einkreisung. Dabei verloren sie 300 Mann an Toten und Verwundeten.

Am 9. Mai rollten dann die ersten Panzer der Roten Armee in die Stadt an der Moldau ein – seither nach offizieller sowjetischer und tschechoslowakischer Geschichtsschreibung „Befreier“ der Stadt, die in Wahrheit von ihren Todfeinden, den antikommunistischen Wlassow-Truppen gerettet worden war.

Der Botschafter der tschechoslowakischen Exil-Regierung in Washington,

Vladimír Hurban, nannte die US-Entscheidung, nicht nach Prag zu marschieren, obwohl sich die US-Armee nur noch 90 Kilometer vor der Hauptstadt befand, die Rote Armee aber noch 170 Kilometer weit weg war, einen „schweren historischen Fehler“.

Unterdessen näherte sich auch die Regierung, aus Košice kommend, der Hauptstadt. Sie wurde auf dem Weg von der Bevölkerung enthusiastisch begrüßt – auch in der Slowakei, deren KP-Führung die Teilrepublik gerade „lieber Stalin als Benesch“ anvertrauen hatte wollen und deren KP-Chef Husák geunkelt hatte, er werde Benesch wohl mit „Stacheldraht vor den Slowaken schützen müssen“ –, nun aber jubelte das Volk Benesch und seinem Außenminister Jan Masaryk, dem Sohn des Staatsgründers, zu, während der Beifall für die KP-Mannschaft dünn ausfiel.

In Benesch weckte dies wieder einmal Illusionen: „Die Auseinandersetzungen (mit der KP) werden hart werden, aber wir werden siegen, denn mit solchen Menschen kann die Demokratie nicht untergehen“, sagte er seinem Sekretär.

Er glaubte, wenn die KP wie alle anderen Parteien behandelt und an der Regierungsverantwortung beteiligt werde, müsse sie sich auch zwangsläufig wie die anderen Parteien benehmen und somit an die Spielregeln der Demokratie halten. Und er glaubte nach seinem Triumph bei der Heimkehr noch mehr

als vorher an das Gewicht seines eigenen Prestiges und seiner Popularität.

Die Kommunisten unterliefen diese Taktik vom ersten Tag an. Sie gründeten zusammen mit den Sozialdemokraten und vorübergehend auch den Nationalen Sozialisten einen „Sozialistischen Block“, der die Verstaatlichung von Banken, Versicherungen und Schwerindustrie durchsetzte.

Dieser Block setzte sich eine „Volksdemokratie“ auch in der CSR zum Ziel – der von Stalin geprägte Begriff für alle Länder Osteuropas, in die seine Armee einmarschiert war.

Im Vergleich zu allen diesen Ländern hatte die KPC die größte Mitgliederzahl. Und das Industrieland CSR hatte auch traditionell starke Gewerkschaften, deren Führung zielbewußt von Kommunisten und Mitläufern übernommen wurde. Die Ausgangslage für eine kommunistische Machtübernahme war also insgesamt günstiger.

Aber: Die Tschechoslowakei hatte auch als einziges der besetzten Länder eine stark demokratische Tradition und in Benesch einen Präsidenten mit tiefen demokratischen Überzeugungen, der als Pakt-Partner Josef Stalins nicht einfach weggeschoben werden konnte.

Der Kampf um die Macht wurde daher in der Tschechoslowakei, die noch dazu an den Westen grenzte, komplizierter als in den übrigen Staaten des sowjetischen Sicherheitsgürtels. Stalin sagte zu Gott-



**US-Botschafter Steinhardt**  
„Geld für liebe Freunde“

wald im September 1946: „Unser Weg war kurz und hat viel Blut gekostet. Wenn Ihr dem ausweichen könnt, so weicht ihm aus.“ Gottwald stimmte zu: „Unser Weg wird länger und gewundener sein.“

Mitte Juli 1945 trat ein US-Botschafter in Prag seinen Dienst an: Laurence A. Steinhardt, ein antikommunistischer Karrierediplomat, der vorher in Stockholm, Lima, Moskau und Ankara gedient hatte.

Benesch begrüßte ihn mit seiner von Wunschdenken bestimmten Überzeugung, daß „die Welt zu einer untrennbaren Einheit zusammengewachsen ist“. Steinhardt selbst sah sich auf einem Posten, auf dem es galt, dem vordringenden Kommunismus Einhalt zu gebieten.

„Die russische Besatzung“, so eines seiner ersten Kabel nach Washington, „hat zweifellos mehr dazu beigetragen, die Tschechen von kommunistischen Sympathien zu heilen als alle unsere Predigten und unsere Propaganda es könnten.“

Der US-Geheimdienst OSS erzählte einen Witz nach Washington weiter, der damals in Prag umlief: „Stalin hat zwei Fehler gemacht – er zeigte Europa die Russen und den Russen Europa.“

Und Steinhardt meinte: „Prag ist die Hauptstadt Osteuropas, wo wir eine Chance haben, verlorenes Terrain wieder zurückzugewinnen und die nach Westen schwappende Flut des Kommunismus zu stoppen. Schaffen wir dies, könnte es gut sein, daß sich in ein oder zwei Jahren auch die Lage in Warschau, Wien, Budapest und Bukarest wieder verbessert.“

Steinhardt appellierte sogar an seinen Freund Henry Luce von „Time“, die US-Presse möge sich sorgfältig mit der

CSR befassen, denn die sei „ein Modell für größere Fische in Europa“.

Doch Steinhardt agierte dann wenig diplomatisch, stieß auch gutwillige Tschechen oft vor den Kopf und resignierte frühzeitig.

„The United States in Prague 1945–1948“, wie der Historiker Walter Ullmann sie beschrieb, enthält kein Ruhmeskapitel amerikanischer Diplomatie, obgleich Steinhardt wenige Wochen nach seinem Amtsantritt noch stolz kabelte „das Prestige der USA ist in der CSR größer als irgendwo sonst in Europa.“

Zu vergrößern dachte er es noch durch Hollywood-Filme – aber da schickte ihm die Heimatfront zuweilen Streifen, die



**Benesch, Sowjetoffiziere\*:** „Nur über meine Leiche“

seiner Ansicht nach zuviel von „der Schattenseite Amerikas zeigen“ und als Propaganda ungeeignet seien – etwa „Tobacco Road“ nach John Steinbeck.

Zu einem ersten Konflikt mit der Prager Regierung kam es um die Kompensation für Verluste, die US-Institutionen oder US-Bürger in der CSR erlitten hatten: 35 Millionen Dollar, wie die vom Anwalt John Foster Dulles – dem späteren Außenminister des Kalten Krieges – vertretenen Geschädigten angaben.

Steinhardt, als Anwalt früher einmal in der Dulles-Sozietät, verfocht diese Forderungen mit Vehemenz bis nahe an diplomatische Erpressung: Künftige US-Anleihen hingen von der Regelung der Entschädigung ab.

\* 1945 bei der Verleihung von Orden mit Marschall Konev, Armeegeneral Jerjomenko, Panzermarschall Rybalko.

Mehr Glück hatte der Botschafter bei der Frage des Abzugs der Besatzungstruppen. Ursprünglich wollten die USA ihre Truppen aus Westböhmen wegen der Kosten einseitig abziehen. Davor warnte nicht nur Steinhardt, sondern auch der US-Botschafter in Moskau, Harriman. Selbst Prager Politiker bis hinauf zu Benesch appellierten an die Amerikaner, nicht eher als die Sowjets abzurücken.

Die aber wollten gern „acht kleine Divisionen“ in der CSR behalten, wegen der Verbindungen zu ihren Besatzungstruppen in Ost-Österreich und Ost-Deutschland. Die Prager Regierung wußte nicht, wie viele Russen im Land stationiert waren. Benesch schätzte ihre Zahl im Oktober 1945 gegenüber dem US-Botschafter auf über 300 000. US-Geheimdienstberichte wußten nur von „100 000 Mann und 300 Flugzeugen“.

Schließlich schlug Präsident Truman Stalin den gemeinsamen Abzug zum 1. Dezember 1945 vor, da die Truppen „nicht mehr in der CSR gebraucht werden und eine große Last für das Land darstellen“. Dazu kam es dann auch: Obwohl der sowjetische Generalstabschef Antonow noch im September die Bereitstellung von Winterquartieren für „400 000 Soldaten“ verlangt hatte, zog die Rote Armee im November binnen drei Wochen ab – für Steinhardt der größte Erfolg seiner Zeit in Prag.

Als nächstes hatte sich Seine Exzellenz der Botschafter mit Unterhosen zu befassen. Die neue Republik stellte in aller Hast eine Armee auf. An Waffen und Ausrüstung gab es sowjetische Geschenke, erbeutete deutsche Arsenale und das Material der einstigen faschistisch-slowakischen Armee. Die Briten versprachen 100 000 Uniformen. Steinhardt sagte dem Außenminister Masaryk, als der um amerikanische Armeelieferungen bat, wohlwollende Prüfung zu und fragte, was denn dringend gebraucht würde.

Unter dem Einfluß der Sowjets, die kein Interesse daran hatten, daß die CSR-Armee amerikanisch ausgerüstet würde, schickte Verteidigungsminister Svoboda eine Liste, die den Amerikanern als beleidigend erschien: Unterwäsche, Schuhe, Tabak – und einige Ersatzteile für Fahrzeuge. Die pikierten Amis beschieden Svoboda, er solle sich wegen

Lamy  
twinkl pen.



des Zeugs an das Amt für Armeeüberschüsse in Paris wenden – und eventuelle Lieferungen in Dollar bezahlen.

Zu ernststen politischen Differenzen kam es, als bei der ersten Pariser Friedenskonferenz im Sommer 1946 zwei kommunistische Mitglieder der CSR-Delegation dem sowjetischen Delegierten Wyschinski lauthals Beifall zollten, als dieser „amerikanische Versuche, Europa wirtschaftlich zu versklaven“ heftig geißelte.

Der empörte US-Außenminister Byrnes setzte daraufhin durch, daß ein zugesagter US-Kredit von 50 Millionen Dollar an Prag zurückgenommen, sowie das Gespräch über eine weitere Anleihe von 150 Millionen Dollar abgebrochen wurden. Byrnes: „Das Geld sollten wir lieber unseren Freunden geben als denen, die uns öffentlich beschimpfen.“

Verstaatlichungen in der CSR veranlaßten Prediger der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in den USA – und zu denen zählte auch Diplomat Steinhardt –, Prag weiterhin mit einer Kreditsperre zu bestrafen. Sie überließen den Russen sogar das Feld, als im Land nach einem dünnen Sommer 1947 eine Hungersnot ausbrach. Amerika wies Hilfsersuchen ab, die Sowjets sandten im Austausch gegen Industriegüter 600 000 Tonnen Getreide.

Der Prager Leitartikler Josef Kadicek kommentierte damals: „Theoretisch mag das sein, was Diplomaten alter Schule eine gesunde Lektion nennen. Aber entgegen den amerikanischen Interessen mag es dazu führen, daß die Tschechoslowakei einfach noch stärker unter sowjetischen Einfluß gedrängt wird.“

Die linke Prager Presse beschuldigte die USA des „Dollar-Imperialismus“, das KP-Organ „Rudé právo“ schrieb: „Unsere Unabhängigkeit und Demokratie verkaufen wir nicht für Dollars.“

Im Mai 1946 wählten die Tschechoslowaken ihr erstes Nachkriegsparlament. Anders als in Ungarn, wo die Bürgerlichen die Mehrheit erreichten, erwiesen sich in der CSR die gutorganisierten Kommunisten als stärkste Partei – ganz gegen Geschmack und Prognosen des US-Botschafters Steinhardt. Der hatte ihnen 20 Prozent der Stimmen oder weniger vorhergesagt. Tatsächlich erhielt die KP 38 Prozent.

Der amerikanische Nachrichtendienst OSS gab dem „schwachen“ Präsidenten Benesch Schuld am Wahlausgang, da er „nie seinen großen Einfluß beim Volk genützt“ habe.

In Wahrheit hatte bei den Wahlen die Frage der Sudetendeutschen eine wichtige Rolle gespielt. Benesch hatte bereits 1943 mit Stalin vereinbart, daß er die Sudetendeutschen sowie einen Teil der ungarischen Minderheit in der Slowakei ausweisen werde. Die Deutschen sollten „dorthin geschickt werden, wohin ihr Herz gehört – ins Reich“, sagte der Benesch-Vertraute Ripka.

Doch das „Reich“ war zum größeren Teil von den Westalliierten besetzt – und die sollten nun zu den Millionen Vertriebenen aus den Ostgebieten auch noch etwa drei Millionen Deutsche aus der CSR aufnehmen. Die US-Regierung verlangte, daß die Aussiedlung in „geordneter und menschlicher Weise“ vor sich gehen sollte, daß die „wildern Vertreibungen“ aufhören müßten.

Daraufhin beschuldigte selbst die Zeitung der Katholischen Volkspartei, „Lidová demokracie“, die USA, sie zeigten „zuviel Freundlichkeit“ gegenüber den Sudetendeutschen, die vor dem Krieg die CSR zerstört hätten. US-Soldaten in Westböhmen „fraternisierten“ mit Sude-



**Vertriebene Sudetendeutsche (1945)**  
„Mindestens ein Zug täglich“

tendeutschen, kritisierte Prag. Einige US-Offiziere setzten zur Empörung der Tschechen sogar wieder sudetendeutsche Landräte und Bürgermeister ein. Das KP-Blatt „Rudé právo“ konnte dagegen die Sowjet-Union rühmen, die in dieser Frage als einzige voll hinter den Tschechoslowaken stünde.

US-Botschafter Steinhardt bombardierte das State Department mit Telegrammen, die USA und ihre Dienststellen in Deutschland sollten schneller handeln. Um mit den Russen konkurrieren zu können, müsse die US-Zone in Deutschland täglich „mindestens einen Zug voller Sudetendeutscher aufnehmen“.

In die von den Deutschen verlassenen Gebiete zogen sogenannte „Goldgräber“ aus dem Osten der Tschechoslowa-

# Weiteres Schicksal unbekannt

Was aus den 1945 in Osteuropa führenden Politikern wurde

## Ungarn

**Mátyás Rákosi**, 1945–1956 KP-Generalsekretär in Budapest, 1945–1952 Vizepremier, 1952–1953 Ministerpräsident, 1956 abgesetzt und in die UdSSR emigriert, wo er im späteren Sacharow-Verbannungsort Gorki lebte. 1962 Parteiausschluß, am 5. 2. 1971 mit 78 in der Sowjet-Union gestorben und in Ungarn beigesetzt. Wegen dauernder Grabschändungen wurde der Grabstein entfernt, die Urne an einen unbekannten Ort verbracht.

**Imre Nagy**, 1944–1945 Landwirtschaftsminister, 1945–1946 Innenminister Ungarns. 1947 Parlamentspräsident, 1949 Ausschluß aus dem Polit-



Imre Nagy

büro und Professor an der Budapester Universität. 1952–1953 Vizepremier, 1953–1955 Ministerpräsident. 1955 Parteiausschluß, 1956 Wiederaufnahme in die KP. 27. 10. 1956 Ministerpräsident während des Volksaufstandes, erklärte die Neutralität Ungarns. 4. 11. 1956 Flucht in die jugoslawische Botschaft in Budapest. 23. 11. 1956 an die Russen ausgeliefert und nach Rumänien gebracht. 1958 in Budapest zum Tod verurteilt, am 15. 6. 1958 im Alter von 62 Jahren gehenkt.

**Ferenc Nagy**, Kleinlandwirte-Führer. 1945 Parlamentspräsident, 1946–1947 Ministerpräsident der Volksrepublik Ungarn, im Mai 1947 während eines Besuches in der Schweiz gestürzt, emigrierte nach den USA, wo er als Farmer in Virginia am 12. 6. 1979 mit 75 starb.

**László Rajk**, 1946–1948 Innenminister Ungarns, 1948–1949 Außenminister. Im Mai 1949 als „Titoist“ verhaftet, im September verurteilt, am 15. 10. 1949 im Alter von 40 Jahren gehenkt. 1956 rehabilitiert.

**Nikolaus Horthy** von Nagybánya, Konteradmiral, Reichsverweser von Ungarn 1920 bis 1944. Dann von

Hitler in Bayern in „Ehrenhaft“ genommen. Nach Zeugenaussage im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß von den Amerikanern freigelassen. Starb am 9. 2. 1957 im Alter von 88 Jahren in Estoril, Portugal.

## Bulgarien

**Georgi Dimitroff**, Generalsekretär der Komintern in Moskau von 1935–1943, 1945 Generalsekretär der bulgarischen KP, 1946 Ministerpräsident Bulgariens, 1948 von Stalin wegen seiner Pläne einer Balkan-Föderation mit Jugoslawien gerügt, 1949 mit 67 in einem Sanatorium bei Moskau gestorben.

**Anton Jugoff**, 1944 Innenminister in Sofia, verantwortlich für Massenprozesse und über 2000 Hinrichtungen, 1947 Vizepremier, 1950 Ausschluß aus dem Politbüro und zum Industrieminister degradiert, 1951 Wiederaufnahme, 1954 Erster Vizepremier, 1956–1962 Ministerpräsident, dann Verlust aller Ämter; weiteres Schicksal unbekannt.

**Simeon II. von Sachsen-Coburg-Gotha**, 1943 bis 1946 minderjähriger Zar von Bulgarien, vertreten durch einen Regentschaftsrat, 1946 ins Exil geschickt, lebt als 47jähriger Geschäftsmann in Madrid.

## Polen

**Wladyslaw Gomulka**, 1943 bis 1948 Generalsekretär der KP, 1945–1948 Minister für die Westgebiete und Vizepremier, 1949 Parteiausschluß, 1951 ohne Verfahren eingesperrt. 1956–1970 wieder Generalsekretär der KP, durch eine Revolte der Danziger Hafenarbeiter gestürzt, am 1. 9. 1982 im Alter von 77 Jahren in Warschau gestorben.

**Stanislaw Mikolajczyk**, geboren in Gelsenkirchen, 1943 Ministerpräsident der polnischen Exilregierung in London, 1945–1947 Vizepremier der Volksrepublik Polen, dann geflüchtet. Starb mit 66 am 13. 12. 1966 in Washington.



Mikolajczyk

## Rumänien

**Gheorghe Gheorghiu-Dej**, 1945 Generalsekretär der KP, 1944–1948 verschiedene Ministerämter, 1948–1952 Erster Vizepremier, 1952–1955 Ministerpräsident, 1961 Staatschef. Am 19. 3. 1965 als 63jähriger im Amt gestorben.

**Ana Pauker**, 1945–1952 Mitglied des Politbüros und Sekretärin des



Ana Pauker

Zentralkomitees der KP, 1947–1952 Außenministerin, 1952 Parteiausschluß, Hausarrest und Verbannung in die Provinz. Später als Übersetzerin tätig. Am 26. 6. 1960 mit 62 in Bukarest gestorben.

**Petru Groza**, Parteichef der Pflügerfront, 1945–1952 Ministerpräsident, dann Staatsoberhaupt der Volksrepublik Rumänien. Starb am 7. 1. 1958 mit 73 in Bukarest.

**Michael I. von Hohenzollern-Sigmaringen**, 1927–1930 (als Kind) und



König Michael

1940–1947 König von Rumänien. 1947 abgesetzt, lebt als 62jähriger Geschäftsmann bei Genf.

## Tschechoslowakei

**Klement Gottwald**, ab 1929 Chef der KPC, 1945–1946 Vizepremier, 1946–1948 Ministerpräsident, ab 1948 Staatschef der CSR. Erkältete sich bei der Beisetzung Stalins am 9. 3. 1953 in Moskau und starb 56jährig, am 14. 3. 1953 in Prag.

**Rudolf Slánský**, 1945–1951 Generalsekretär der KPC, 1951 Vizepremier, verhaftet, als „Titoist“ verurteilt und am 3. 12. 1952 als 51jähriger in Prag gehenkt. 1956 posthum rehabilitiert.

kei. Zu ihrem neuen Glück verhalf ihnen der kommunistische Landwirtschaftsminister. Sie dankten es, indem sie bei der Wahl mit großer Mehrheit für die KP stimmten.

Als Vertreter der stärksten Partei wurde der KP-Vorsitzende Klement Gottwald Premier, wiederum ein prominenter KP-Politiker, der seine Karriere in der k.u.k. Armee begonnen hatte. Steinhardt charakterisierte den Mann, der anderthalb Jahre später der Demokratie in der CSR ein Ende bereitete, als „lernwilligen tschechischen Patrioten“.

Der Wahlerfolg brachte der KP einen großen Zulauf neuer Mitglieder – Anfang 1947 gab es schon anderthalb Millionen Tschechoslowaken mit dem Parteiabzeichen am Revers. Die KP, die nun auch das Finanzministerium dazubekommen hatte, nahm als nächstes die Bodenreform in Angriff.

Der kommunistische Innenminister rekrutierte immer neue KP-Kader für die Polizei. Doch nach außen hin schien Prag noch den demokratischen Weg zu gehen. Die KP begnügte sich vorerst damit, stärkste Kraft in der Regierung zu sein. Zwei wichtige Ministerien – Außen und Justiz – waren in nichtkommunistischer Hand geblieben.

Zur ersten großen und sichtbaren Kraftprobe, die zeigte, wer letztlich auch damals schon in Prag das Sagen hatte, kam es über den Marshallplan.

Der amerikanische Außenminister George C. Marshall war nach einer ergebnislosen Konferenz der Außenminister der vier Großmächte im Frühjahr 1947 in Moskau zu der Erkenntnis gekommen, daß es mit der Anti-Hitler-Koalition endgültig vorbei sei. Europa drohte der wirtschaftliche Zusammenbruch, der den Kontinent auch ins politische Chaos stürzen mußte. Und davon würde allein Moskau profitieren.

Am 5. Juni 1947 verkündete der Minister seinen „Marshall-Plan“ zum Wiederaufbau Europas mit massiver amerikanischer Hilfe. Das Angebot galt für ganz Europa – „everything west of Asia“, wie Marshall selbst betonte.

Moskau empfand diesen Vorstoß Washingtons als die größte Herausforderung seit dem Krieg, als Versuch, der Sowjet-Union durch einen „Dollar-Imperialismus“ ihre Kriegsbeute wieder abzunehmen. Andererseits steckte auch die UdSSR in Wirtschafts-Nöten und hätte einen Anteil an den verheißenen Dollar-Milliarden gut gebrauchen können.

Also nahm Molotow eine Einladung zu einer Außenministerkonferenz in Paris an, auf der Ende Juni 1947 der Marshallplan erörtert wurde. Die Amerikaner hatten die Bedingung gestellt, daß sich die europäischen Länder untereinander über ihre Bedürfnisse einigen sollten, worauf ein Gesamtplan zu erstellen sei. Molotow wollte einen Beistandsausschuß der Großen Vier, der den Dollar-segen verteilt, über dessen Verwen-

dung dann jedes Land selbst entscheiden sollte.

Zu Beginn des Treffens am 27. Juni lehnte Molotow jedenfalls den Plan noch nicht ab – und sprach entgegen seinen Gewohnheiten in sehr gemäßigtem Ton. Er hatte 89 Experten nach Paris mitgebracht – Indiz, daß über Details verhandelt werden sollte.

Am 2. Juli aber wies er den Marshallplan plötzlich als Versuch der Amerikaner, Europa auszubeuten, brüsk zurück. Stalin hatte gegen den Plan entschieden – und nicht nur für die Sowjet-Union.

Als am 12. Juli, wieder in Paris, die gesamteuropäische Konferenz über den Marshall-Plan begann, waren acht der 22 eingeladenen Länder nicht dabei: Finnland, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien

slowaken an, eine Teilnahme am Marshallplan wäre ein „feindlicher Akt“, da der Plan nur eine amerikanische Verschwörung sei, mit dem Ziel, die Sowjet-Union zu isolieren. Falls Prag an der Pariser Konferenz teilnehme, verstoße dies gegen den Freundschaftsvertrag.

Masaryk erlebte im Kreml noch eine peinliche Überraschung. Er wollte Stalin eine vertrauliche Botschaft von Benesch übergeben – und sah, daß der Sowjetdiktator eine Kopie davon schon auf seinem Tisch hatte, dies auch gar nicht verbarg, sondern den Brief kommentierte, ehe er ihn offiziell erhielt.

Noch in der Nacht telephonierte Gottwald Stalins „Njet“ nach Prag. Am nächsten Tag, dem 10. Juli, revidierte das Kabinett seine Entscheidung vom 4. und lehnte die Einladung nach Paris ab.



**Außenminister Marshall, Molotow (1947): „Feindlicher Akt“**

und Albanien. Radio Moskau hatte ihre Absagen schon verbreitet, bevor die in Paris publik wurden.

Am auffälligsten war das Fernbleiben der Tschechoslowakei – denn sie hatte bereits fest zugesagt.

Die Prager Regierung hatte am 4. Juli 1947 einstimmig – auch mit der Stimme des KP-Premiers Gottwald – beschlossen, an der Marshallplan-Konferenz teilzunehmen. Gottwald fragte den Außenminister Masaryk, ob er die Einstellung der Sowjet-Union dazu kenne. Masaryk antwortete, er habe den sowjetischen Botschaftsrat Bodrow informiert, und der habe keinerlei Einwände erhoben.

Drei Tage später flogen Gottwald, Masaryk und der Justizminister Drtina zu einem Besuch nach Moskau. Stalin empfing noch am gleichen Nachmittag zuerst Gottwald allein, dann die gesamte Delegation. Er herrschte die Tschecho-

An diesem Tag, so der Historiker Josef Korb, „verlor die Tschechoslowakei ihre Unabhängigkeit“. Masaryk drückte es drastischer aus: „Wir haben ein neues München. Ich fuhr nach Moskau als der Außenminister eines souveränen Staates; ich kam als Stalins Knecht zurück.“

Benesch sagte dem deutsch-schweizerischen Journalisten Wolfgang Bretholz, der in Brünn geboren wurde: „Ich bin in Moskau gewesen und habe einen Vertrag mit ihnen abgeschlossen, in dem sie sich verpflichtet haben, unsere Unabhängigkeit zu achten und sich nicht in unsere Angelegenheiten einzumischen. Ich habe ihnen ein Stück unseres Staatsgebietes hingeworfen, um mir damit Ruhe für den Rest des Landes zu erkaufen. Aber all das hindert sie nicht daran, uns Vorschriften über unsere Außenpolitik zu machen und in unsere inneren und

wirtschaftlichen Angelegenheiten einzugreifen.“

Nach diesem Bruch war Europa endgültig in zwei Blöcke gespalten – und Moskau rechnete es sich als Verdienst an. In der „Geschichte der sowjetischen Außenpolitik von 1945 bis 1970“ heißt es zum Marshallplan:

„So half die Haltung der UdSSR den Völkern, die tatsächlichen Ziele des Marshallplans zu erkennen. Die Sowjet-Union hatte sich erneut als konsequenter und standhafter Verteidiger der souveränen Rechte aller Staaten, ihrer Unabhängigkeit und Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten bewährt... Die Völker Ost- und Südosteuropas wehrten die ökonomische Expansion des amerikanischen Imperialismus erfolgreich ab.“

Der Marshallplan war für Stalin auch das Signal, die bisher mehr oder minder unter seine Kontrolle gebrachten Staaten Osteuropas nun unwiderruflich an die Sowjet-Union zu fesseln.

Die „hungrigen Satelliten hatten sich bereits den Mund in Erwartung der amerikanischen Dollar geleeckt“ – so Frankreichs Außenminister Bidault. Sie wurden vor weiteren derartigen Versuchungen abgeschottet. Nationale Alleingänge, wie die der Tschechoslowakei, mußten ein für allemal verhindert werden.

Bisher hatte Moskau mit seinen Vasallenstaaten zweiseitig verkehrt. Nun suchte Stalin nach einer Institution, die alle Länder im Vorfeld der UdSSR unter einen organisatorischen Hut bringen sollte. Zeitweise liebäugelte er, wie jugoslawische Gesprächspartner berichteten, mit der Idee, Osteuropa einfach der UdSSR einzuverleiben. Doch das war riskant, konnte Aufstände, vielleicht gar Krieg bedeuten.

Er fand eine andere Antwort auf den Marshallplan: Moskau griff auf eine Einrichtung zurück, die bis 1943 die kommunistischen Parteien kontrolliert und befehligt hatte, dann aber aus Rücksicht auf die Westalliierten aufgelöst worden war: die Komintern.

Am 22. September 1947 trafen sich unter strikter Geheimhaltung im schlesischen Kurort Schreiberhau, der nun Szklarska Poreba hieß, die führenden Funktionäre der wichtigsten kommunistischen Parteien Europas zur Gründung eines „Informationsbüros der Kommunistischen und Arbeiterparteien“ (Kominform).

Vertreten waren die KPdSU sowie die Kommunistischen Parteien der Satelliten mit Ausnahme Albaniens – das Stalin als unwichtiges Anhängsel der Jugoslawen betrachtete – und die Parteiführer Frankreichs und Italiens.

Als Ziele der neuen Organisation wurden „Austausch von Erfahrungen“ sowie



**Außenminister Masaryk (1947)**  
„Ich kam als Stalins Knecht zurück“

„Koordinierung von Aktivitäten“ genannt. Eine gemeinsame Zeitschrift, deren Titel „Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie!“ Stalin selbst bestimmt hatte, sollte unter sowjetischer Chefredaktion aus Belgrad mitteilen, wo die korrekte Linie lag.

Der Leiter der sowjetischen Delegation, Politbüromitglied Andrej Schdanow, empfahl den Volksdemokratien, „ihre amerikanischen Agenten, die auf dem rechten Flügel der bürgerlichen Parteien angesiedelt sind“, zu beseitigen. Die seien eine Gefahr als Fünfte Kolonne „der neuen expansiven, reaktionären Politik der USA“.



**KP-Chef Husák (1945)**  
„Bewährtes Rezept“

Man befände sich in einer Kampfphase und müsse die Politik darauf einstellen, müsse Illusionen über „Parlamentarismus“ ablegen, eroberte Positionen ausbauen, kurz, überall offensiv werden.

Ziel der meisten Adressen war die KP der Tschechoslowakei, die sich, wie ein Redner kritisierte, von allen slawischen Staaten „noch am stärksten in den Fesseln der parlamentarischen Demokratie befindet“. Der polnische KP-Chef Gomułka sprach gar die Befürchtung aus, „daß die tschechoslowakischen Genossen vielleicht schon den für die Lösung der Machtfrage günstigsten Augenblick verpaßt haben“.

Die Prager Kommunisten nahmen diese Warnungen um so ernster, als Stalin selbst sie anlässlich der Marshallplan-Affäre kritisiert und ihnen zu verstehen gegeben hatte, daß „eine baldige Lösung der Machtfrage in der Tschechoslowakei Dringlichkeitsstufe Nr. 1“ besitze. Er hatte sogar einen Termin vorgegeben: Bis Sommer 1948 müsse das Land in kommunistischer Hand sein.

Das schien gerade zu dieser Zeit nicht so leicht. Die KP hatte Rückschläge erlitten. Bei Studenten-Wahlen fiel sie auf 20 Prozent zurück.

Und die Sozialdemokraten, bis dahin am Gängelband der KP, wählten bei einem Parteitag im November 1947 den KP-hörigen Vorsitzenden Fierlinger ab. Neuer Parteiführer wurde der Industrieminister Bohumil Lauschan, strikter Verfechter einer eigenständigen Partei.

Benesch sah dies, wieder einmal euphorisch, bereits als Wendepunkt. Noch im Sommer 1947 war er äußerst pessimistisch gewesen, hatte mit einem unmittelbar bevorstehenden kommunistischen Putsch gerechnet:

„Wir können nicht gerettet werden, wenn der russische Vormarsch nicht durch eine entscheidende Machtdemonstration des Westens aufgehalten wird. Nur wenn die Russen sehen, daß jeder weitere Schritt Krieg bedeutet, werden sie stehenbleiben, keinen Augenblick früher. Die Russen werden in den kommenden Monaten alles Mögliche tun, ihren Griff auf Deutschland und ganz Mitteleuropa zu festigen. Wenn wir nur bis zum nächsten Sommer oder Herbst durchhalten können, wird die größte Gefahr vorüber sein.“

Seine zeitlichen Vorstellungen trafen sich somit mit denen Stalins – und sie erwiesen sich als realistisch.

Die Sowjets waren ungeduldig. Sie erhielten von radikalen Funktionären der KPC, denen Gottwald zu lasch war, Alarmberichte aus der Tschechoslowakei. Danach stehe ein „bürgerlicher Putsch“ bevor, sei Gottwald ein „Zauderer“. Und in der Armee habe immer noch die Reaktion die Oberhand.

Die radikalen Apparatschiks Novotný, Husák, Zápotocký und Kopecký beschuldigten Parteichef und Premier Gottwald, die Machtübernahme unnötig

zu verzögern. Landwirtschaftsminister Duriš schrieb sogar einen Brief an Stalin, in dem er „um Hilfe“ bat, da die CSR sonst zu einem „dritten Italien oder Frankreich“ werde.

Die NKWD-Offiziere an der sowjetischen Botschaft in Prag, Tichonow und Chasjanow, unterstützten diese Schwarzmalerei mit düsteren Analysen über die schwindenden Chancen der KP an der Moldau. Auf einem ZK-Plenum vom 27. bis 29. November 1947 beschloß die Partei deshalb, so bald wie möglich loszuschlagen. Nach bewährtem Muster wurden Chaos geschaffen und Verschwörungen erfunden.

mit Demonstrationen gegen die Demokraten. Die Prager Regierung entschied, das Urteil sei zu vollstrecken. Tiso wurde am 18. April 1947 in Preßburg gehenkt.

Der Erfolg gab der KP Aufwind. Nun beschuldigte sie die Demokratische Partei, die eine Zweidrittelmehrheit im slowakischen Parlament besaß, in ihren Reihen hätten Faschisten Unterschlupf gefunden. Die aber konspirierten für eine unabhängige, nichtkommunistische Slowakei. Sie arbeiteten dabei angeblich mit Exil-Faschisten in Rom und Südamerika zusammen. Die KP verlangte die Aufhebung der Immunität von zwei führenden demokratischen Abgeordneten

ist das Schicksal der tschechoslowakischen Demokratie.“

US-Botschafter Steinhardt, der immer deutlicher die Gefahr einer gewaltsamen Machtübernahme in Prag sah, forderte seine Regierung auf, den KP-Putsch in Ungarn, bei dem der in der Schweiz weilende Premier Ferenc Nagy zum Rücktritt gezwungen worden war, vor die Uno zu bringen, „um der CSR das gleiche Schicksal zu ersparen“.

Washington hielt nichts davon. Die US-Regierung fürchtete, in dem Fall würde die Sowjet-Union massive Anklagen gegen das Besatzerregime von General MacArthur in Japan vorbringen.

Das Drama konnte beginnen. Es lief nach einem Plan ab, den der Radikalkommunist und Informationsminister Kopecký bereits im August 1947 in einer Geheimrede vor Funktionären so geschildert hatte:

„Die Kommunistische Partei und die Gewerkschaften sind die einzige wirkliche Macht in der CSR. Sie können jeden Tag eine Revolution auslösen. Und sie haben die Rückendeckung der Roten Armee. Seht doch, was in Ungarn, was auf dem Balkan passiert. Dieser Prozeß wird nicht vor unseren Grenzen haltmachen!“

Viele Tschechen und Slowaken hofften gerade das: Sie meinten, da nach einem Bismarck-Wort „Europa beherrscht, wer Böhmen beherrscht“, würden die USA die Sowjetisierung der CSR nicht zulassen.

Doch als der Putsch kam, wußten die Amerikaner gar nicht, was

da eigentlich passierte. Botschafter Steinhardt war gerade auf Urlaub, als im Kabinett am 13. Februar 1948 ein Streit zwischen Kommunisten und allen anderen Ministern über die Absetzung von acht nichtkommunistischen Prager Bezirkspolizeichefs durch das KP-Innenministerium ausbrach.

Die Minister forderten die Wiedereinsetzung der acht Gefeuerten und einen Stopp der KP-Infiltration im Polizeiapparat, deren Details Justizminister Drtina auf den Tisch legte. Doch Innenminister Nosek war zu Hause geblieben. Er war angeblich krank. Gottwald, der ihn vertrat, vertagte die Sitzung und beklagte sich später bei Staatspräsident Be-



**KP-Demonstration in Prag (1948)\*:** Die Minister waren im Winterurlaub

Die Generalprobe zum Putsch fand in der Slowakei statt. Dort hatten die Kommunisten bei den Wahlen schlecht abgeschnitten – sie hatten nur 30 Prozent der Stimmen gewonnen. Also verlagerten sie die Auseinandersetzung auf die Straße. Anlaß gab das Todesurteil gegen den früheren faschistischen Präsidenten, Monsignore Tiso, der von den Amerikanern, die ihn in Österreich geschnappt hatten, im August 1946 an die CSR ausgeliefert worden war.

Die Demokratische Partei wollte unter dem Druck ihres starken katholischen Flügels Tiso zu lebenslang begnadigen. Die Kommunisten antworteten darauf

und setzte dies mit Hilfe von Dokumenten, die in einer Spezialabteilung des Prager Innenministeriums gefälscht worden waren, auch durch.

Unter dem Druck von gewalttätigen Unruhen wurden die Mehrheitsverhältnisse in der slowakischen „Nationalen Front“ verkehrt. Durch die Hereinnahme von Vertretern der Massenorganisationen und Gewerkschaften gerieten die Demokraten im „Kollegium der Beauftragten“ – der slowakischen Landesregierung – in die Minderheit. Die Kader der Demokratischen Partei wurden durch Verhaftungen dezimiert.

Prophetisch warnte damals die Preßburger Zeitung „Čas“: „Das Schicksal der slowakischen Demokratischen Partei

\* Mit einem Bild des Parteichefs Gottwald.



**Benesch (vorn l.), neue Regierung (Februar 1948)\*: „Ich würde eher sterben“**

nesch, die anderen Kabinettsmitglieder hätten ein „Kesseltreiben“ gegen die KP veranstaltet, sie bereiteten einen „Putsch“ vor.

Putschen wollte er selbst. Die Kabinettskrise war ihm willkommenen Anlaß. Und die Bürgerlichen spielten ihm in die Hände.

Als Gottwald in der Polizeiaffäre nichts unternahm, traten am 20. Februar mittags zehn nichtkommunistische Minister und zwei Staatssekretäre, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, zurück.

Sie erwarteten, daß der Präsident daraufhin Neuwahlen ausschreiben würde, bei denen die KP erwartungsgemäß dezimiert würde. Auch Benesch freute sich, als er die telefonische Mitteilung vom Rücktritt erhielt, er warnte jedoch: „Jetzt nur nicht ausrutschen!“

Genau das geschah. Denn die Regierung war durch den Verbleib der Sozialdemokraten weiter funktionsfähig – es waren weniger als die Hälfte der Minister zurückgetreten. Gottwald blieb Premier, Nosek Innen- und Svoboda Verteidigungsminister – die Schaltstellen der Macht blieben unter alleiniger kommunistischer Führung intakt. Die Sozialdemokraten blieben im Kabinett, weil Gottwald ihnen drohte, sonst würden sie „mit den anderen hängen“.

Sofort lief der lange vorbereitete Aktionsplan für den Putschfall an. Die KP organisierte Streiks, vor allem gegen die bürgerlichen Zeitungen. Sie setzte rote „Aktionskomitees“ in Dörfern und Kreisen, aber auch in Ministerien, Ämtern

und Betrieben ein, die an der Basis buchstäblich die Macht übernahmen. Sie bewaffnete ihre Milizen – allein in Prag wurden am 24. Februar 10 000 Gewehre und 200 Maschinengewehre sowie 200 Patronen pro Mann ausgegeben. KP-Organisationen hielten die Hauptstadt durch pausenlose Massendemonstrationen in Atem. Wegen einer Betriebsrätekonferenz, die sie für den 22. Februar nach Prag einberufen hatten, befanden sich 8000 ihrer Kader aus dem ganzen Land in der Stadt.

Stoßtrupp eines eigens vom Grenzschutz nach Prag kommandierten Bereitschafts-Regiments besetzten öffentliche Gebäude und Brücken, Ministerien und die Parteibüros der bürgerlichen Parteien.



**Sowjet-Emissär Sorin**  
Befehl zum Losschlagen

In Prag herrschte tagelang totaler Terror. Benesch wurde mit Appellen bombardiert, den Rücktritt der Bürgerlichen anzunehmen, damit eine „wahrhaft demokratische“, heißt kommunistische Regierung gebildet werden könne. Am 21. Februar forderten 80 000 Demonstranten auf dem Altstädter Ring in Sprechchören den Präsidenten auf, die „Reaktionäre“ zu entlassen.

Benesch hatte stets geschworen, er werde in einem Putsch-Fall nicht nachgeben. Im Sommer 1947 hatte er einem Vertrauten gesagt: „Ich werde keinen Kompromiß schließen, der die Demokratie in diesem Land zerstört. Die KP kann die Macht nur über meine Leiche erringen!“ Auch jetzt erklärte er noch: „Ich würde eher sterben, als nachzugeben und die Ideale Masaryks (des Staatsgründers) zu verraten.“

Aber nun stand er ganz allein. Die Bürgerlichen hatten ihn über ihren Rücktritt nicht vorher informiert, keine Strategie abgesprochen. Sie kamen auch nicht zu ihm – einige ihrer Funktionäre waren beim Skifahren, Jagen oder auf Versammlungen in entlegenen Gebieten. Nur die Kommunisten waren da, täglich, und immer drängender.

Auf einen leidenschaftlichen Appell von Benesch, die Krise verfassungsgemäß zu lösen, „da doch die Demokratie die einzige verlässliche und dauerhafte Basis für ein menschenwürdiges Dasein ist“, antwortete die KP-Führung, es gebe keine Möglichkeit mehr für Kompromisse mit den bürgerlichen Parteien.

Wie aus Prager ZK-Akten, die 1968 eingesehen werden konnten, hervorgeht, hatte Benesch, dem so oft der Untergang der Demokratie in der ČSR zur Last gelegt wird, damals in Wahrheit überhaupt keine Chance mehr, das Rad zurückzudrehen. Die Kommunisten hatten alles genauestens geplant, waren gegen jede Eventualität gerüstet.

Auf einer Politbürositzung am 20. Februar war der unwiderrufliche Putsch-Beschluß gefallen. Gottwald: „Der Rubikon ist überschritten.“ 40 rasch eingeflogene NKWD-Agenten verstärkten die Sowjetbotschaft.

Und am 19. Februar kam der frühere sowjetische Botschafter und ČSR-Spezialist im Kreml, Vizeaußenminister Valerian Sorin, nach Prag – offiziell, um „die sowjetischen Getreidelieferungen“ zu überwachen.

In Wahrheit überbrachte er einen Befehl Stalins zum „sofortigen Losschlagen“: Die Regierungskrise müsse benutzt werden, um die bürgerlichen Parteien endgültig zu erledigen und jetzt die Macht zu übernehmen.

Sorin empfahl Gottwald sogar, er müsse die Sowjet-Union um Hilfe bitten. Die Sowjetarmee stehe an den Grenzen Ungarns, Österreichs und der deutschen Sowjetzone zum Eingreifen bereit.

Gottwald aber war seiner Sache sicher: Er brauche keine Sowjetsoldaten,

\* Mit Vizepremier Lauschman, Vizepremier Zápotočský, Außenhandelsminister Gregor, Industrieminister Fierlinger, Premier Gottwald, Transportminister Petr.

die KPČ habe die Situation fest in der Hand und werde es allein schaffen.

Sorin warnte: „Genosse Gottwald, wissen Sie, was es bedeutet, einem Befehl Stalins nicht zu folgen?“

Gottwald: „Ja, ich werde das aber dem Genossen Stalin selbst erklären.“

Das tat er auch ein halbes Jahr später. Im September 1948 besuchte Gottwald Stalin. Der sowjetische Diktator fragte den Genossen aus Prag: „Warum haben Sie es im Februar abgelehnt, uns zu Hilfe zu rufen?“

Gottwald: „Wir hatten die Lage völlig in der Hand. Ein Eingreifen der Roten Armee hätte die Lage international kompliziert.“

Stalin: „Ausgezeichnet, Genosse, ausgezeichnet! Sie haben die Bourgeoisie

te Benesch gedroht, falls er den Rücktritt der Minister und die neue Kabinettsliste Gottwalds nicht unterschreibe, würden die unter Hausarrest stehenden bürgerlichen Minister erschossen werden.

Gottwald drohte mit dem Einmarsch der Sowjetarmee, falls dem „Chaos“ nicht durch Benesch's Unterschrift sofort ein Ende gesetzt würde. Er warnte, es würde zu Blutvergießen kommen. Die Moskauer „Prawda“ drohte, eine Ablehnung der Forderungen der KPČ komme einem „Angriff“ auf die Sowjet-Union gleich.

Benesch konnte nichts mehr tun. Das kommunistische Informationsministerium hatte striktes Verbot erlassen, den Präsidenten im Radio sprechen zu lassen. Seine Palastwache war durch kom-

wurde am 21. Juni 1949 als „Spion“ gehängt.

Am 25. Februar, um 16 Uhr, unterschrieb Benesch, nachdem ihm Gottwald ein letztes Ultimatum gestellt hatte. Der KP-Führer legte dem Präsidenten eine „Liquidationsliste“ mit den Namen demokratischer Politiker vor, die sterben müßten, falls es durch das Zögern des Präsidenten zu Blutvergießen komme.

Es war das Todesurteil für die tschechoslowakische Demokratie. Benesch verteidigte noch die neue kommunistisch-linksozialistische Regierung. Dann zog er sich todkrank in sein Landhaus nach Südböhmen zurück, wo er fortan faktisch unter Hausarrest gehalten wurde.

Am 7. Juni trat er von seinem Präsidentenamt zurück. Nachfolger wurde der Putschist Gottwald – dem Benesch noch ein Glückwunschtelegramm schickte. Am 3. September starb Eduard Benesch in Sezimovo Ústí – die wohl tragischste aller Figuren im Ringen um Osteuropa.

Wenige Tage vor seinem Tod sagte er noch zu seiner Frau: „Wenn ich sterbe, liegt die Schuld bei denen, die mich so unmenschlich gequält haben.“

Schon vor ihm, zwei Wochen nach dem Putsch, war am 10. März die zweite Symbolfigur der Prager Demokratie umgekommen. Außenminister Jan Masaryk stürzte aus dem Fenster seiner Dienstwohnung im Czernin-Palast zu Tode.

Bis heute ist ungeklärt, ob es Mord oder Selbstmord war – selbst eine 1968 von den Reformkommunisten eingesetzte Untersuchungskommission konnte das Rätsel nicht mehr lösen.

Es soll allerdings, so berichtete ein Überläufer des sowjetischen Geheimdienstes, eine Art „Abschiedsbrief“ geben, den Masaryk drei Tage vor seinem Tod an Stalin geschrieben habe.

Masaryk: „Schon mein Vater trat immer für die Freundschaft mit den Russen ein. Ich selbst unterstützte die UdSSR auf internationalen Konferenzen. Ich glaubte daran, daß die Sowjet-Union die Unabhängigkeit der Tschechoslowakei heiligen würde. Dies war mein großer Irrtum. Nun sehe ich keinen Ausweg mehr.“

Die Westalliierten, auf deren Hilfe Benesch und Masaryk gegen alle Erfahrung doch immer noch gehofft hatten, konnten sich nach dem Prager Putsch nicht einmal auf einen gemeinsamen Protest einigen.

Sie hatten erst begriffen, was in der Tschechoslowakei vorging, als in der Nacht zum 26. Februar 1948 die US-Militärbehörden in Bayern „Unruhe an der Grenze und einen plötzlichen Strom von Flüchtlingen“ meldeten.

Ende



**Toter Benesch (September 1948): „Unmenschlich gequält“**

mit Samthandschuhen erledigt. Aber Sie haben auch Glück gehabt!“

Gottwald war sich seiner Sache so sicher, weil, wie er später spottete, die Bürgerlichen durch ihre Rücktritte den Coup aktiv unterstützt hatten. „Ich wußte, daß ich sie kriegen würde“, prahlte er siegestrunken vor Genossen, „aber daß sie mir selbst ihren Hintern hinhalten würden, damit ich ihnen hineintreten konnte, das hatte ich nicht erwartet.“

Eine einzige Gegendemonstration – Studenten, die zum Präsidentenpalast marschieren wollten – wurde von kommunistischer Polizei und Miliz auseinandergetrieben.

Nach fünf Tagen kapitulierte ein durch dauernde Ultimaten weichgeklopfter, damals schon schwerkranker Eduard Benesch. KP-Generalsekretär Slánský hat-

te kommunistische Offiziere und Soldaten ersetzt worden, die seine Besucher kontrollierten. Das gesamte Personal spionierte für die sogenannte „Evidenzabteilung“ der KP. Die Amts- und Privaträume des Präsidenten auf dem Hradschin, der Prager Burg, wurden abgehört, seine Papierkörbe durchstöbert, über jede Minute seines Tuns genau Buch geführt.

Die Armee, so Verteidigungsminister Svoboda, stehe „auf Seiten des Volkes“. Der stellvertretende Generalstabschef General Heliodor Pika bot dem Präsidenten in einer vertraulichen Botschaft an, verlässliche Truppen könnten Prag besetzen, und auch die Luftwaffe stehe zum Präsidenten. Doch angesichts der Drohung mit der Sowjetarmee mochte Benesch sein Land nicht in eine bewaffnete Auseinandersetzung stürzen. Pika